

Der handlungsfähige Staat in Baden-Württemberg? Nicht ohne stärkere Umfairteilung!

Meine „große“ Tochter ist nun schon seit anderthalb Monaten drei Jahre alt. Nur der Beginn der Eingewöhnungszeit in einem kommunalen Tübinger Kindergarten will noch nicht beginnen. Tübingen ist die baden-württembergische Vorzeigestadt in Bezug auf die Versorgung mit KiTa-Plätzen. Jedoch: Die Personalausstattung in der zukünftigen Gruppe meiner Tochter erlaubt es nicht, mit einer Eingewöhnung direkt nach dem Jahreswechsel zu beginnen. Die fahrlässig dünne Personaldecke und der Krankenstand (Burn-Out einer Erzieherin), sowie die berufliche Veränderung eines jungen Erziehers, der dann doch zu wenig Perspektiven im Beruf sah, verschieben die Aufnahme meiner Tochter. Wer will es dem jungen Mann verdenken: Mit einem durchschnittlichen Gehalt von knapp 1600 Euro im Monat netto, ist es im teuren Neckarraum schwierig eine familiäre Zukunftsplannung zu gestalten. Die Arbeitsbelastung im Erzieher*innenberuf liegt dagegen deutlich über dem Durchschnitt der Beschäftigten ¹.

Kein Problem: Als freiberuflicher Wissenschaftler bin ich ja schließlich hochflexibel und kann einspringen und meine Tochter auch selbst betreuen. Feste Stellen gibt es selten im Wissenschaftsbetrieb und wenn, dann in Kettenvertrags-Verlängerungsmanier – auch im reichen Baden-Württemberg. So sind nach den aktuellsten Angaben des baden-württembergischen Wissenschaftsministeriums in 2013, 82 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen befristet beschäftigt ². Als Lehrbeauftragter mit regelmäßigen Werkverträgen im Lehrbetrieb einer Hochschule liege ich somit voll im Trend: Die so genannten „nebenberuflichen“ wissenschaftlichen Beschäftigten an den baden-württembergischen Hochschulen haben seit dem Jahr 2000 von 30 Prozent auf nahezu die Hälfte (48,4 Prozent) des wissenschaftlichen Personals zugenommen. Im letzten erfassten grün-roten Regierungsjahr zwischen 2012 und 2013 sogar recht kräftig um 6,1 Prozent ³. Da spart das Ländle natürlich fleißig auf Kosten seines wissenschaftlichen Personals. Prekarität und die daraus entstehende Altersarmut sind allerdings das Gegenteil eines handlungsfähigen Staates für die Menschen.

¹ <http://www.lohnspiegel.de/dateien/erzieherinnen>

² <http://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gute-hochschule-geht-nicht-auf-abrufweniger-befristete-stellen-und-perspektiven-fuer-den-nachwuchs/>

³ <http://www.statistik-bw.de/Pressemitt/2014315.asp>

Während ich also wieder einmal auf dem Spielplatz „arbeiten“ muss, befindet sich die kleinere meiner beiden Töchter in einer Kindertagesstätte für unter Dreijährige mit ebenfalls dünner Personaldecke. Zum Glück bin ich nicht alleinerziehend und wohne auch nicht auf dem baden-württembergischen Land, wo Betreuungsmöglichkeiten für Unter-Dreijährige auch nach einer grün-roten Legislatur noch rar sind. Es ist kein Wunder bei einer der niedrigsten Betreuungsquoten im Bundesländervergleich: In Baden-Württemberg sind nach dem neuesten Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung überdurchschnittlich viele Alleinerziehende (45,8 Prozent) von Armut betroffen. Auch die Armut von jungen Erwachsenen ist in Baden-Württemberg deutlich angestiegen ⁴.

Um der Armut zu entgehen ist die „Kleine“ wegen unserer Lohnarbeit seit dem 10. Lebensmonat ganztägig untergebracht. Auch in dieser Kinderkrippe für unter Dreijährige kommt es regelmäßig zu früheren Schließungen oder Notbetreuungen durch kurzfristig hinzugezogene und den Kindern fremde Personen. Zwar bewirbt die grün-rote Landesregierung ihre Bildungspolitik der vergangenen Legislatur vor allem über ihren deutschlandweiten Spitzenplatz im Vergleich der „Personalschlüssel“ in Einrichtungen für Unter-Dreijährige (2015: Eins zu Drei ⁵). In anderen Bundesländern, wie z.B. Sachsen besteht im Vergleich dazu eine katastrophale Betreuungsqualität bei Unter-Dreijährigen mit Personalschlüsseln von Eins zu Sieben. Betrachtet man diesen Vergleich aber etwas genauer, wird eines deutlich: Die Qualität der Betreuungsrelationen hat vor allem mit der Prosperität und der Betreuungsquote eines Bundeslandes zu tun. Im jobreichen Südwesten werden (und können) prozentual pro Kohorte viel weniger Kinder in die Betreuung gegeben (werden). Das traditionell westdeutsche Ein-Ernährermodell kann und muss hier aufgrund der besseren Einkommen und der mangelnden Betreuungsmöglichkeiten noch häufiger praktiziert werden. So unterscheidet sich in 2014 die Betreuungsquote in Baden-Württemberg (27,8 Prozent) eben massiv von der im oben genannten Sachsen messbaren Betreuungsquote von 49,9 Prozent ⁶. Das bringt den interessanten Fakt mit sich, das Sachsen einen viel höheren Anteil seines BIPs als auch seiner staatlichen Gesamtausgaben für Kitas und Jugendarbeit ausgibt. Gleichzeitig damit aber nur eine miserable Betreuungsrelation realisieren kann.

D.h. im Umkehrschluss: Was für Betreuungs- und Arbeitssituationen könnte man hier herstellen, wenn – wie aus dem Tabellenteil des Bildungsfinanzberichts ⁷ ersichtlich wird – das reiche Baden-Württemberg, wie Sachsen 1,1 Prozent statt

⁴ <http://www.swr.de/-/id=16521748/property=download/nid=1622/iewlwo/index.pdf>

⁵ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Soziales/KinderJugendhilfe/KindertageseinrichtungenPersonalschluesel5225409159004.pdf?__blob=publicationFile

⁶ http://www.statistik-portal.de/BevoelkGebiet/Fafo/Familie/famZ_05_04.asp

⁷ <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/BildungsfinanzberichtTabellenteil.html;jsessionid=CEA1354E9D2657A15D5548E1AC46ECE1.cae3>

wie 2014 nur 0,6 Prozent des BIPs für Kitas und Jugendarbeit ausgeben würde? Deutsche Kinderärzte wiesen schon bei ihrer Jahrestagung 2011 daraufhin, dass Kinder im ersten Lebensjahr eine Betreuungsrelation von einer Erzieher*in zu maximal zwei Kindern benötigen würden, um nicht in emotionale Stresszustände zu geraten, die negative psychische und gesundheitliche Auswirkungen haben können. Bei Kindern ab dem ersten Lebensjahr empfehlen sie eine Relation von Eins zu Drei. Expert*innen für den internationalen Vergleich von Carearbeit, wie die Politikwissenschaftlerin Cornelia Heintze weisen daraufhin, dass bei der Berechnung des Statistischen Bundesamtes zu den „Personalschlüsseln“, Zeiten für Vorbereitung, Urlaub, Krankheit etc. gar nicht eingerechnet sind.⁸ So ist die hochgelobte baden-württembergische Drei-zu-eins-Relation bei Unter-Dreijährigen eigentlich vielmehr eine den ärztlichen Empfehlungen für Unter-Zweijährige widersprechende Vier-zu-eins-Relation, die einen wiederum nicht gerade mit einem guten Gewissen zur Arbeit gehen lässt, während die „Kleinsten“ nicht qualitativ ausreichend fremdbetreut werden.

Wo, wenn nicht hier im reichen Baden-Württemberg, und wann, wenn nicht während dieser guten konjunkturellen Situation soll den überhaupt einmal was für einen qualitativ guten, handlungsfähigen Staat, der für die Menschen da ist, getan werden? Die öffentlichen Ausgaben Baden-Württembergs für Bildung (Grundmittel) in Relation zum BIP sind unter grün-rot sogar noch um 0,2 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Verlierer sind vor allem auch die Schulen, die mit weniger Geld (Minus 0,2 Prozent) in Relation zum BIP, den Wandel hin zu mehr Inklusion und einer „Schule für Alle“ umsetzen sollen. Diese, gerade für die Arbeiter*innenbewegung so wichtigen Schulreformen, in einer der besten konjunkturellen Situationen als Sparprogramm durchzusetzen, ist ein historischer Blödsinn, der das Vorhaben eventuell auf Jahre hinaus beschädigt. Das Eindampfen der grün-roten Sparmaßnahmen im Bereich der Lehrer*innenstellen bezeichnet die GEW Baden-Württemberg als „Erfolg“. Was sind das aber für Erfolge, wenn trotzdem noch Regierungsbeschlüsse über 1.700 Stellenstreichungen in den Schulen bis 2020 erhalten bleiben⁹?

Der Grund für diese finanzielle bildungs- und sozialpolitische Stagnation der letzten fünf Jahre (in Relation zu dem, was möglich gewesen wäre), ist die ideologische Politik der schwarzen Null. Ein Fetisch der grün-roten Landesregierung. Eines ist natürlich klar: Dieser Fetisch dominiert auch die Politik der schwarz-gelben Konkurrenz. Für eine wirklich andere Finanz- und Steuerpolitik, die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat wäre, stehen beide Machtblöcke nicht zur Verfügung. Aufgrund der Schuldenbremsen versprochen Grüne und So-

⁸ Heintze, Cornelia (2013): Die Straße des Erfolgs. Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich, Marburg, S. 366.

⁹ <http://www.gew-bw.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/landesregierung-korrigiert-die-fehlentscheidung-des-jahres-2012/>

zialdemokrat*innen in vergangenen Wahlkämpfen, sie würden sich für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Verschärfung der vom Bundesverfassungsgericht als zu kapitalfreundlich kassierten Erbschaftssteuer einsetzen. Das wäre die richtige Flucht aus der menschenfeindlichen Austeritätspolitik nach vorn in einen handlungsfähigen Wohlfahrtsstaat in den Bundesländern gewesen. Anders – so zeigt es ja die politische Realität (siehe oben) – können defizitäre Infrastrukturen nicht qualitativ ausreichend ausgebaut werden.

Stattdessen haben Grüne und Sozialdemokrat*innen für eine nur schwer abwählbare neoliberale Grundkonstante gesorgt, in dem sie auf eine Bundesratsinitiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer verzichtet haben und bei der Neugestaltung der Erbschaftssteuer Wolfgang Schäuble in ihren kapitalfreundlichen Forderungen rechts überholt haben. Sie haben nachdrücklich den Eindruck erweckt, dass es für die großen Vermögen und den unantastbaren Reichtum sogenannter „Familienunternehmen“ und Großkonzerne keine Rolle spielt, welche Regierung von der Bevölkerung gewählt wird – egal was im Wahlkampf propagiert wird. Sie haben damit eine historische Mehrheit einem neoliberalen Dogma untergeordnet. Das Ergebnis dieses halbherzigen Politikwechsels ist eventuell sogar das Gegenteil der nachhaltigen Durchsetzung „eines handlungsfähigen Staats, der für die Menschen da ist“ (Nikolaus Landgraf, Vorsitzender des DGB-Bezirks Baden-Württemberg), denn die Öffnungen im neoliberalen Panzer zum Übergang zu Paradigmen einer sozialeren Politik schließen sich wieder, wenn sie nicht erweitert werden. Dafür sorgen beispielsweise neue Krisen, die die neoliberale Politik selbst hervorbringt.

Subjektive Bedürfnisse und objektive Daten sollten uns klar machen, dass wir die riesigen Vermögen in Deutschland und Baden-Württemberg zu unserem Wohl umfairteilen müssen – vor allem in Bildung und Soziales. Diese Forderung muss gerade in den Gewerkschaften absolute Priorität haben und muss in einer Einheitsgewerkschaft über historisch gewachsenen Parteilichkeiten stehen. Dafür sollten wir uns einsetzen, egal wer regiert und wer gerade Wahlkampf macht. Wenn wir dies nicht durchsetzen können, werden sich die subjektiven Lebensverhältnisse verschlechtern (siehe z.B. den Anstieg der Armut), Infrastrukturen verfallen, Finanzkrisen wiederkehren, soziale Probleme sich steigern und sich autoritäre Problembewältigungsmuster politisch etablieren. Auch wenn Regierungswechsel stattfinden.

Zuerst (in einer gekürzten Fassung) erschienen auf: Gegenblende 35/2016 (<http://www.gegenblende.de/35-2016/++co++a23c826e-e545-11e5-b094-52540066f352>).